

Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 18.02.2009

Studierende mit Migrationserfahrung in Lehrämter

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

I. Der Landtag stellt fest:

Fast jede dritte Schülerin bzw. jeder dritte Schüler in Niedersachsen hat individuelle oder familiäre Migrationserfahrungen. In manchen Großstadtschulen beträgt der Schüleranteil aus Migrantenfamilien über 60 %, in einzelnen Klassen sogar bis zu 90 %. Diese Schülerinnen und Schüler besuchen deutlich häufiger Hauptschulen und Förderschulen mit Förderschwerpunkt Lernen, aber deutlich seltener Gymnasien als Mitschülerinnen bzw. Mitschüler ohne Migrationshintergrund. Die Integration ausländischer Schülerinnen und Schüler und das Auflösen der Abhängigkeit der Kinder vom Bildungsstand im Elternhaus gelingt in Niedersachsen noch viel zu wenig. Das zeigt der Bildungsmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft vom August 2007.

Nach Erhebungen des Deutschen Studentenwerks sind bei Studierenden aus Migrantenfamilien noch stärker als in der Studentenschaft insgesamt Fächer gefragt, die ihnen gute Arbeitsmarktprospektiven und Verdienstmöglichkeiten bieten. So bevorzugen Männer Ingenieurwissenschaften, gefolgt von rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen. Für Frauen sind Letztere sogar die eindeutig erste Wahl, und erst mit deutlichem Abstand folgen die Sprach- und Kulturwissenschaften.

Dringend gebraucht werden aber Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher mit Zuwanderungsgeschichte. Als Vorbilder und Identifikationspersonen, als „Brückenbauer“ mit spezifischen Erfahrungen und Sprachkenntnissen können sie die Integration von Schülerinnen und Schülern mit ausländischen Wurzeln erleichtern und Bildungsmotivationen bestärken.

II. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf:

1. Geeignete Maßnahmen und Projekte zu entwickeln mit dem Ziel, den Anteil von Lehramtsstudierenden mit Migrationshintergrund zu steigern,
2. an den Zielgruppen orientierte Informations- und Werbemaßnahmen für den Lehrerberuf insbesondere an Schulen durchzuführen,
3. Studienstipendien für Migrantinnen und Migranten einzuführen,
4. geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um sicherzustellen, dass Referendarstellen für Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

In der aktuellen Integrationsstudie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung belegt Niedersachsen einen schwachen Platz. Ohne ausreichende Bildung ist Integration nahezu unmöglich. Zugewanderte sind im Durchschnitt schlechter gebildet und häufiger arbeitslos und nehmen weniger am öffentlichen Leben teil als Einheimische. Gleiche Chancen und gleiche Teilhabe insbesondere im Bildungssystem als Voraussetzung einer gelungenen Integration sind häufig nicht gegeben.

Während in Niedersachsen 40 % eines Jahrgangs das Gymnasium besuchen, sind es nur 19,2 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler. Besonders nachteilig gestaltet sich die Situation anscheinend für Personen aus der Türkei, aus Serbien und Montenegro und aus Italien. Vergleichsweise gut schneiden dagegen Migranten aus Polen und Russland, aber auch aus Kroatien ab.

Den 11. Jahrgang der gymnasialen Oberstufe besuchten im Jahr 2006 30,9 % des entsprechenden Altersjahrgangs, davon hatten 4,3 % eine ausländische Staatsangehörigkeit. Unter den Abiturienten sind nur 2,1 % Personen mit Migrationshintergrund.

Lehrer mit Zuwanderungsgeschichte sind infolgedessen eine Ausnahme - deutschlandweit haben nur ca. 2 % einen Migrationshintergrund. Viel zu selten entscheiden sich Abiturienten aus Zuwandererfamilien für den Lehrerberuf. Unter den Lehramtsstudierenden sind sie nur mit 6 % vertreten (Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks 2007).

Um Schulen zu einem Ort der Integration werden zu lassen, sollte das Fachpersonal möglichst genauso bunt gemischt sein wie die Schülerschaft. Deshalb werden mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den Lehrberufen benötigt.

Heiner Bartling

Parlamentarischer Geschäftsführer